
Haushalts- und Finanzausschuß
14. Sitzung17.04.1986
rp-er

Zu 2: Vereinsbesteuerung

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 10/499

Der stellv. Vorsitzende führt aus, nach dem Antrag der CDU solle die Landesregierung aufgefordert werden, den Entwurf eines Gesetzes zur Vereinfachung der Vereinsbesteuerung, den das Land Baden-Württemberg im Bundesrat eingebracht habe, zu unterstützen. Dieser Antrag sei am 29. Januar 1986 dem Haushalts- und Finanzausschuß - federführend - und den beteiligten Fachausschüssen überwiesen worden. Nach der Geschäftsordnung müsse der federführende Ausschuß dem Plenum bis zum 1. November 1986 über den Antrag Bericht erstatten. Er schlage deshalb vor, die beteiligten Ausschüsse zu bitten, ihr Votum zu dem Antrag bis zum 1. Oktober 1986 vorzulegen, damit der Haushalts- und Finanzausschuß im Oktober abschließend über den Antrag beraten könne.

Abg. van Schewick (CDU) erklärt sich mit diesem Verfahrensvorschlag einverstanden, bittet jedoch um einige Auskünfte:

Die vom Deutschen Sportbund im vergangenen Jahr vorgelegten acht Punkte seien von der Sportministerkonferenz begrüßt worden, eine abschließende Erörterung der Finanzminister habe aber noch nicht stattgefunden. Deshalb bitte er um Mitteilung, wie die Landesregierung diese acht Punkte beurteile und welche Stellungnahmen die anderen Länder unter fiskalischen Gesichtspunkten dazu abgegeben hätten.

Finanzminister Dr. Posser weist zunächst darauf hin, daß das Land Nordrhein-Westfalen den Antrag Baden-Württembergs immer unterstützt habe und weiterhin unterstützen werde, und antwortet sodann: Die acht Punkte des Deutschen Sportbundes habe er im Augenblick nicht präsent, aber einen Punkt unterstütze Nordrhein-Westfalen aus fiskalischen Gesichtspunkten nicht, nämlich die Anhebung der steuerfreien Übungsleiterpauschale von 2 400 DM auf 3 600 DM im Jahr. Eine solche Anhebung könnte nicht auf Sportübungsleiter beschränkt bleiben, und die Steuerausfälle wären mit 57,5 % vom Land und den Gemeinden zu tragen. Dieser Punkt sei auch nicht in dem Antrag des Landes Baden-Württemberg enthalten. - Über die Stellungnahmen der anderen Länder habe er zur Zeit keine exakten Kenntnisse.

Abg. Walsken (SPD) äußert ebenfalls Bedenken gegen eine Anhebung der Übungsleiterpauschale. Wenn man hier Verbesserungen vornähme, würde unausweichlich die Forderung erhoben werden, auch in anderen Bereichen die seit Jahren geltenden Sätze - beispielsweise für die Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte - zu verbessern, was wesentlich mehr zu Buche schlagen würde.